



An den Bundesrat
Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Liestal, 24. September 2020

Vollassoziierung der Schweiz in den EU-Programmen Horizon Europe und Erasmus+

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) begrüsst die positive parlamentarische Beratung zu den Bundesbeschlüssen zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation für die Jahre 2021–2024. Aus Sicht der Mitgliedkantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, sowie der assoziierten Mitglieder Zürich und Bern muss aus forschungs- und bildungspolitischen Gründen die schweizerische Mitwirkung in den europäischen Programmen Horizon Europe und Erasmus+ für die Zeitperiode 2021–2027 zwingend angestrebt werden. Internationale, insbesondere europäische Zusammenarbeit und der entsprechende Austausch von Lernenden und Studierenden sind zentral für die Bildungs- Forschungs- und Innovationsstandorte Nordwestschweiz, Zürich und Bern.

Horizon Europe, das 9. europäische Forschungsrahmenprogramm, ist mit einem Budget von rund 81 Milliarden Euro eines der grössten weltweit. Die Vollassoziierung bei diesem Programm, und damit der Zugang zu europäischen Forschungsk Kooperationen und -förderprogrammen, ist zentral, um die Exzellenz und Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz und insbesondere der Räume Nordwestschweiz, Zürich und Bern zu sichern.

- Horizon Europe ermöglicht Schweizer Akteurinnen und Akteuren aus Forschung und Innovation die Integration in das sehr kompetitive internationale Umfeld. Es macht grenzüberschreitende Projekte möglich, die andernfalls nicht oder nur unter äusserst erschwerten Bedingungen stattfinden könnten.
- Die Teilnahme an internationalen Wettbewerben und der Aufbau von Partnerschaften und grenzüberschreitenden Kooperationen sind Voraussetzungen für Spitzenforschung, denn diese ist international.
- Internationale Forschungsprojekte schaffen Netzwerke, die über das Projektende bestehen und zur Attraktivität des Forschungsstandorts Schweiz beitragen.
- Von Horizon Europe profitieren nicht nur die Hochschulen, sondern auch die Forschungsabteilungen vieler Unternehmen, insbesondere der KMU. Für diese sind die EU-

Forschungsrahmenprogramme die wichtigste öffentliche Quelle zur Finanzierung von Forschung und Innovation.

- Die ausserordentlich erfolgreiche Beteiligung der Schweiz an den bisherigen Forschungsrahmenprogrammen stärkte die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft und generierte Arbeitsplätze.

Ohne die Vollassoziierung bei Horizon Europe wären Schweizer Forscherinnen und Forscher nicht nur von der Möglichkeit, Drittmittel einzuwerben, ausgeschlossen, sondern könnten auch an für ihr Renommee wichtigen Kooperationen nicht mehr teilhaben. Dies hätte negative Auswirkungen, sowohl für die einzelnen Forscherinnen und Forscher als auch für die Schweizer Hochschulen, welche nicht mehr an der Forschung innerhalb der EU, ihrem wichtigsten Partner, teilhaben könnten. Es gibt keine nationale Alternative zu Horizon Europe, welche die Chancen der multilateralen Zusammenarbeit in europäischen Projekten ersetzen könnte. Die Nordwestschweizer Kantone begrüssen deshalb die Zustimmung des Ständerats zu Horizon Europe.

Die sieben Kantone sind mit ihren Universitäten (Basel, Zürich, Bern) und Fachhochschulen (FHNW, Haute-Ecole Arc, BFH, ZFH) ein bedeutender Bildungsstandort auf der Tertiärstufe. Die Berufsbildung geniesst einen ebenso hohen Stellenwert als Standortfaktor. Die volle Beteiligung am europäischen Programm Erasmus+ ist daher ein wichtiges Instrument zur Stärkung von Bildung, Forschung und Innovation in der Schweiz. Für Studierende und Lernende in den Nordwestschweizer Kantonen sind folgende Punkte elementar:

- Internationale Studien- und Berufserfahrung sind heute wichtige Elemente im Lebenslauf von jungen Menschen.
- Die internationale Studien- oder Berufsmobilität verbessert die Fremdsprachenkenntnisse.
- Interkulturelle Kompetenzen sind in der globalisierten Welt wichtig und befähigen für die Zukunft.
- Internationale Kontakte sind für zukünftige Funktionen in der Berufswelt bedeutungsvoll.
- Zwischen Erasmus+ und Horizon Europe bestehen wichtige Synergien. Nur in der Forschungskooperation mitzuwirken und Erasmus+ auszuschliessen, wäre für den Bildungs- und Innovationsstandort von grossem Nachteil.
- Mit der Vollassoziierung bei Erasmus+ könnten Studierende auch vom Programm der European Universities profitieren. Das Programm stärkt die grenzüberschreitende EUCOR-Universität, welche heute von der EU keine Unterstützung mehr erhält, weil die Schweiz bei Erasmus+ kein Programmland mehr ist. Ohne die Teilnahme an European Universities kann sich beispielsweise die Universität Basel nicht am Projekt EPICUR (European Partnership for an Innovative Campus Unifying Regions) beteiligen.
- Mit einer Vollassoziierung könnten auch zukunftsweisende Kooperationsprojekte im Dreieck Jura-Belfort/Besançon-Basel lanciert werden, in Anlehnung an die erfolgreiche Mitgliedschaft des Kantons Zürich in der Internationalen Bodensee-Hochschule, die seinen Ruf als nationaler und internationaler Hochschulstandort stärkt.

Die volle Partizipation der Schweiz bei Erasmus+ ist wertvoll, um Schweizer Jugendlichen die Fähigkeiten zu vermitteln, die sie in einer zunehmend mobilen, multikulturellen und digitalen Gesellschaft benötigen. Indem der Bund die Finanzierungsbotschaft zur Vollassoziierung der Schweiz bei Erasmus+ – trotz vorhandenen Rechtsgrundlagen – dem Parlament nicht unterbreitet, schwächt er auch die Bildungsstandorte in der Nordwestschweiz, in Bern und in Zürich.

Horizon Europe und Erasmus+ sind die zentralen Bausteine eines europäischen Forschungs- und Bildungsraums, in dem Lernen und Studieren, Lehren und Unterrichten, Ausbilden und Arbeiten grenzüberschreitend möglich ist. Für die Schweizer Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft, Bildung und Wirtschaft ist ein gleichberechtigter Zugang von grösster Bedeutung. Aus diesen Gründen fordert die NWRK den Bundesrat auf, die Vollasoziiierung der Schweiz in den europäischen Programmen Horizon Europe und Erasmus+ mit der EU zu verhandeln. Die NWRK erwartet, dass insbesondere auch die Finanzierungsbotschaft für eine Vollasoziiierung am Programm Erasmus+ demnächst ans Parlament überwiesen wird.

Mit freundlichen Grüssen

Nordwestschweizer Regierungskonferenz



Dr. Anton Lauber, Regierungspräsident Basel-Landschaft
Konferenzpräsident



Dr. Sabina Widmer
Stellvertretende Konferenzsekretärin